

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924**

17.9.1924 (No. 217)



Expedition: Karlsruher Zeitung, Nr. 953 und 954, Postfach Nr. 3615

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhebung, Zwangsdruck, unregelmäßiger Lieferung, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Berücksichtigung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil

#### Septembermiete

Nach Mitteilung des Arbeitsministeriums gilt der mit Bekanntmachung vom 22. Juli 1924 (Staatsanzeiger Nr. 171 vom 24. Juli 1924) als gesetzliche Miete für alle Gemeinden des Landes festgesetzte Sundertatz von 65 v. H. der Friedensmiete in Goldmark auch für den Monat September 1924. Die Septembermiete beträgt demnach 65 v. H. der Friedensmiete eines Monats in Goldmark.

### \* Eine neue Phase

Die deutschnationale Presse veröffentlicht in einer Form, die als parteioffiziös angesprochen wird, Artikel, die in überragender Weise zur Frage einer Verbreiterung der Regierungskoalition Stellung nehmen. Der Parteileitung scheint dabei das Ziel vorzuschweben, durch eine positive Taktik die Verwirrung in den eigenen Reihen zu beschwichtigen. Aber auch allgemein-politisch gesehen, bedeuten diese Artikel der deutschnationalen Presse zweifellos eine neue Phase der Entwicklung.

Es wird nämlich jetzt darin offen erklärt, daß die Deutschnationalen damit, daß die 48 Säuger ihrer Reichstagsfraktion die Annahme der Dawesgesetze ermöglichten, auch die Verantwortung für deren Durchführung übernommen hätten. Bisher lautete die Version bekanntlich anders: es hieß, daß die Zustimmung der 48 Säuger an der bisherigen politischen Haltung der Deutschnationalen Volkspartei, d. h. also an ihrer Ablehnung des Dawesgutachtens, nichts ändern könne. Ganz offensichtlich ist die neue Erklärung der Deutschnationalen vor allem an die Adresse der Deutschen Volkspartei gerichtet; die soll die von dieser Partei für eine Hereinnahme der Deutschnationalen ins Kabinett gestellte Vorbedingung erfüllen, nämlich, daß die Deutschnationalen auch die Verantwortung für die Durchführung der Dawesgesetze mitübernehmen müssen.

Somit wäre ja alles ganz gut und schön. Aber der Pferdefuß bleibt nicht verborgen. Denn in denselben Artikeln der deutschnationalen Presse wird auch mit der gleichen Offenheit zugegeben, daß die Deutschnationalen unter Mitübernahme der Verantwortung nur deshalb ins Kabinett hineinwollen, um auf eine Abänderung der Bestimmungen der Dawesgesetze und des Londoner Protokolls hinzuwirken zu können: Auf gut Deutsch heißt das, daß sie ins Kabinett hineinwollen, um hintenherum, durch eine Politik der Herausbeschwörung künstlicher Schwierigkeiten die Durchführung der Dawesgesetze zu erschweren oder zu verhindern.

Das ist keine glatte Rechnung. Und wir glauben kaum, daß sich die Regierungsparteien auf eine so faule Sache einlassen werden. Dabei ist es ganz selbstverständlich, daß in allen den Fällen, wo sich die Unmöglichkeit irgendeiner Bestimmung ergeben sollte, auch die jetzige Reichsregierung alles tun würde, um die deutschen Interessen wahrzunehmen. Im übrigen darf nie vergessen werden, daß das Londoner Protokoll schon an und für sich ganz bestimmte Regelungen für solche Fälle vorsieht. Cassel hat im wesentlichen recht, wenn er sagt, daß die Entente selber in erster Linie die Verantwortung für das Zustandekommen des großen Werkes trage.

Um ihrer Forderung nach Aufnahme in die Regierungskoalition besonderen Nachdruck zu verleihen, lassen die Deutschnationalen durch ihre Presse erklären, daß sie in schärfster Opposition zur Regierung treten würden, wenn ihre Forderung nicht erfüllt werde. Man braucht diese Drohung wohl nicht allzu tragisch zu nehmen. Die Stellung des Reichskabinetts ist stärker, als die meisten Leute annehmen. Vorausgesetzt, daß es sich selbst dieser Stärke bewußt bleibt. Mit Ausnahme der Kommunisten wollen eigentlich alle Parteien irgendwie an das Steuer der Macht heran. Und das bedingt grundsätzlich eine Situation, die sich politisch recht gut auswirken läßt.

Daß keine Neigung besteht, den Bogen zu überspannen, beweist auch die Meldung, daß man sich doch schon in der Montagsitzung des Reichskabinetts — offenbar auf dem Wege vertraulicher Aussprache der Kabinettsmitglieder untereinander — auf eine einheitliche Haltung in der Frage der Kriegsschuldnote geeinigt habe. Die Abweisung dieser Note sei auf absehbare Zeit verjagt worden, bis eine gute Gelegenheit kommt, das Problem anzu-

schneiden. Eine solche Gelegenheit bieten, wie wir schon mehrfach hervorgehoben, die Verhandlungen über einen etwaigen Beitritt Deutschlands zum Völkerbund ganz von selbst.

### Kriegsschuldnote und Völkerbund

Zu der offiziellen Mitteilung, daß in der Frage der Kriegsschuldnotifizierung und des Eintritts in den Völkerbund die entscheidende Kabinettsitzung am 23. Sept. stattfinden werde, bemerkt die Str. fennann nachstehende Berliner „Zeit“: „Schon jetzt dürfen wir als feststehende Tatsache betrachten, daß das Kabinett in der Frage der Stellung Deutschlands zum Völkerbund den Standpunkt einnimmt, der bisher stets von der Regierung eingenommen wurde. Danach ist sich die Regierung bei der großen Wichtigkeit der vom Völkerbund erörterten Fragen wohl bemüht, daß die Mitwirkung im Völkerbund für die deutschen Interessen von großer Bedeutung sein kann, hält aber daran fest, daß der Eintritt Deutschlands von der Erfüllung von Voraussetzungen abhängig ist, nämlich davon, daß man Deutschlands Stellung als gleichberechtigte Großmacht sichere, daß man unter keinen Umständen an Deutschland die Forderung stelle, eine freiwillige erneute Anerkennung des Versailler Vertrages und der Schuldlage zu übernehmen. Zur Frage der Notifizierung der deutschen Kriegsschuldverklärung fragt die „Zeit“: Nachdem die Notifizierung nicht in Zusammenhang mit den Londoner Abmachungen erfolgt ist, muß sie in Verbindung mit einem anderen tatsächlichen Anlaß geschehen, wobei es sich nur um eine absehbare Frist handeln kann.“

Reichskanzler Dr. Marx, der gestern Berlin verlassen hat, ist in Sigmaringen eingetroffen, um dort den Rest seines Urlaubs zu verbringen. Wahrscheinlich wird dem „R.“ zufolge Reichsaußenminister Dr. Stresemann heute Abend nach Bad Wildungen abreisen. Die Minister werden förmlich noch vor dem 23. September nach Berlin zurückgeführt sein.

W.D. Berlin, 16. Sept. In einem Telegamm des sozialdemokratischen Parlamentsdienstes werden Äußerungen Lord Parmours verbreitet, die sich auf Verhandlungen mit dem Reichskanzler und dem Reichsaußenminister über die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund beziehen. Wir wissen nicht, ob die Äußerungen Lord Parmours tatsächlich gefallen und vom sozialdemokratischen Parlamentsdienst richtig wiedergegeben sind. Tatsächlich hat aber Lord Parmour anlässlich der Anwesenheit des Reichskanzlers, des Reichsaußenministers und des Reichsfinanzministers Dr. Luther am 10. August in Denby mit keinem deutschen Delegierten über die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund gesprochen.

### Professor Cassel zur Reparationsfrage

Professor Gustav Cassel, Stockholm, von dem Senat der Stadt Lübeck feierlich begrüßt, hielt am 10. September für die Nordische Gesellschaft einen Vortrag über „Das Problem der Kriegsschuldnotifizierung“. Unter den Anwesenden war u. a. der frühere Reichskanzler Dr. Cuno. Der Vortrag enthielt, der „Frank. Btg.“ zufolge, im wesentlichen folgende Gedanken:

Aus der Lehre, daß Deutschland nicht debastriert worden ist, hat man die Schlussfolgerung gezogen, daß Deutschland jetzt eine ökonomische Last auferlegt werden müsse, die eine Ausgleichung der Debastrierung der Ententeländer herbeiführen sollte. Ebenso falsch wie dieser Gedanke ist, nach Cassel, der Glaube, daß Deutschland sich durch die Inflation von seinen Schulden freimachen habe und daß hierin ein Vorteil liege, der durch das Schaffen von neuen Schulden an die Entente kompensiert werden müßte. — Der einzige Vorteil, den das Dawesgutachten bringt, besteht nach Cassel darin, daß Deutschland nunmehr prinzipiell keine Verantwortung für die Entschuldigungsverpflichtungen trägt; der Mechanismus der Kontrolle und der produktiven Pfänder macht eine Anklage wegen „Nichterfüllung“ unmöglich. Die wirtschaftlichen Wirkungen des Londoner Abkommens betrachtet Cassel pessimistisch: die 800-Millionen-Anleihe birgt die Gefahr einer Inflation in sich und ist für das heutige Deutschland sehr teuer, da es heute wichtigere Bedürfnisse gibt, als die Schaffung eines Goldfonds; andererseits hätte sich der Vortragende dafür, die Solidität der Anleihe zu kreditieren und hob hervor, daß die Zinszahlung von 60 bis 70 Millionen jährlich keine unmögliche Aufgabe sei — sie sei aber nur ein Tropfen im Verhältnis zu der jährlichen Gesamtlast von 2500 Millionen. Cassel wandte sich scharf gegen die Berechnung der Gesamtlast durch die Sachverständigen: denn sie müßte die unmögliche Ausfuhr von 15 Millionen Goldmark jährlich voraussetzen. Das System des Wohlstandsindex betrachte das Lebensniveau der nächsten Jahre als Norm und werde daher jede Erhöhung des Wohlstandes verhindern. Es ist, nach Cassel, ein Irrtum, eine sozialistische Wahnvorstellung, daß die Lasten von den bestehenden Klassen getragen würden; denn diese werden sich nicht ausplündern lassen. „Ein niedriger Lebensstandard der deutschen Arbeiter wird aber für die Welt selber eine Konkurrenzgefahr bedeuten, die sie noch nicht erkennen wollen. Das Gutachten hat den Widerspruch zwischen dem Wunsch nach Kriegsschuldnotifizierung und dem Bestreben, Deutschland zu unterdrücken, nicht über-

### Owen Young und die Reparationskommission

#### Der Wert der deutschen Kohlenlieferungen

W.D. Paris, 16. September. Die Replo nahm in ihrer heutigen Nachmittagsitzung den Bericht des Agenten für die Reparationszahlungen, Owen Young, und des Direktors für die zu Reparationszahlungen vorbehaltenen Einnahmen, Mac Fadyean, die aus Berlin zurückgekommen waren, entgegen. Die Ausführungen Owen Youngs bildeten den Gegenstand eines Meinungsaustrausches, aus dem, wie Fadyean betont, hervorging, daß die Reparationskommission mit den neu geschaffenen Organismen zur Durchführung des Sachverständigenplanes eng zusammenarbeiten. Einige Delegierte unterbreiteten Owen Young einige Fragen, auf die er in der vor der Reparationskommission einzuberufenden neuen Sitzung antworten wird. Die Reparationskommission soll schon im Laufe der heutigen Sitzung die Ernennung einiger Beamten für die im Dawesplan vorgesehenen Organismen vorgenommen haben. Die Namen der Beamten sind noch nicht bekannt gegeben.

W.D. Paris, 17. Sept. „Chicago Tribune“ berichtet über die gestrigen Besprechungen des Generalagenten für die Reparationszahlungen, Owen Young, mit der Reparationskommission: Das wichtigste Ergebnis dieser Besprechungen war die Zustimmung der Reparationskommission zu dem Antrag Youngs, den Preis der deutschen Kohle vom 1. Oktober ab festzusetzen. Die Kommission hat niemals den Preis der deutschen Kohle festgesetzt, und da seit langem die Bestände der deutschen Kohle in die Sachlieferungen einbezogen werden, so ist es wesentlich, daß der Wert derselben festgesetzt wird, weil nunmehr die deutsche Kohlenlieferungen regelmäßig berechnet werden können. Die von der Kommission festgesetzten Kohlenpreise werden wahrscheinlich ein wenig unter den deutschen Inlandspreisen liegen, da die Kohle im Ruhrgebiet zurzeit mit 20 Goldmark pro Tonne bezahlt wird, so erwartet man, daß die Reparationskommission etwa 18 G.M. als angemessener Preis für die Reparationskosten festsetzen wird.

Nach dem „New York Herald“ hat Young von der Reparationskommission gefordert, daß das Personal der verschiedenen vorgesehenen Kommissionen auf den geringsten Umfang beschränkt wird. Er erklärte, diese Maßnahme empfehle sich nicht nur aus Sparmaßregeln, sondern auch weil dadurch die Reibungskonflikte beschränkt werden können.

#### Die 800 Millionen-Anleihe

W.D. Paris, 16. September. Die Agence Economique et Financiere verbreitet die Nachricht, die meisten der vom Handelsminister Clementel befragten Direktoren der Privatbanken hätten hinsichtlich der französischen Beteiligung an der aufzunehmenden Anleihe von 800 Millionen Goldmark erklärt, daß sie ihre Unterstützung geben wollten zu den von den amerikanischen Bankiers aufgestellten Bedingungen. Nach dieser Agentur haben die bedeutendsten Kreditanstalten ihre Beteiligung zugesagt.

#### Die Räumungen

W.D. Mainz, 16. September. Der Sonderberichterstatter des „Echo du Rhin“ meldet aus Dortmund, daß die Zollbeamten des Dortmunder Postens mit Ausnahme der Mitglieder der Zentralleitung, die die Bücher abzuschließen haben, am Samstag Dortmund verlassen haben. Weiter meldet das gleiche Blatt, daß die Freilassung der im Militärgerichtsgefängnis in Dortmund befindlichen Verurteilten und Untersuchungsgefangenen, die unter die durch die Londoner Abmachungen vorgesehenen Gnadenmaßnahmen fallen, jetzt verwirklicht worden ist: 51 Gefangene sind in Freiheit gesetzt worden.

Berlin, 17. September. Wie die Blätter aus Oberhausen melden, begann gestern in den frühen Morgenstunden der Abmarsch der französischen Besatzung. Um 1 Uhr nachmittags waren die letzten französischen Truppen aus der Stadt abgerückt. Durch den Abmarsch der Franzosen werden das Schloß Oberhausen, die Hüttenkolonie, die Gute Hoffnungshütte und die Baracken der Schupo frei.

Die Pensionierung Leinert. In seiner Eigenschaft als Aufsichtsbehörde erhob der Regierungspräsident der Provinz Hannover gegen den zwischen dem Bürgerverwalterkollegium und dem Magistrat Hannover einerseits und dem Oberbürgermeister Leinert andererseits abgeschlossenen Vertrag Einspruch. Wie hannoversche Blätter melden, habe Oberbürgermeister Leinert seine Unterschrift von dem Vertrage zurückgezogen. Leinert begründet diese Zurücknahme seiner Unterschrift damit, daß er in letzter Zeit wiederholt amgegriffen und ihm vorgeworfen worden sei, daß er das Abkommen nur unterschrieben habe, um sich das hohe Gehalt zu verschaffen.

Ausschluß der Deutschen Wissenschaft. Zu dem in Prag vom Pariser Internationalen Institut für Anthropologie veranstalteten anthropologischen Kongress wurden Gelehrte aus Deutschland, Österreich, Ungarn, der Türkei, sowie die Mitglieder der Prager deutschen Universität nicht eingeladen. Bei der am Sonntag stattgefundenen Generalversammlung wies der holländische Professor van Vuren darauf hin, daß gerade die Deutschen auf anthropologischem Gebiet Wertvolles vollbracht hätten und ihre Abwesenheit der Arbeit des Kongresses nicht förderlich sei. Er ersuchte, von dem in dieser Frage bisher eingenommenen Standpunkt abzugeben. Dieser Auffassung schlossen sich alle Neutralen, besonders auch die Engländer und sogar die Franzosen an, während von tschechischer Seite unterschieden Widerspruch erhoben wurde.

Mit einer Beilage: 41. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags



# Politische Neuigkeiten

## Die Steuererleichterungen

Die angekündigten Steuererleichterungen werden, wie bereits gemeldet, in Nr. 218 des „Reichsanzeigers“ veröffentlicht. Die Verordnung des Reichspräsidenten über wirtschaftlich notwendige Steuererleichterungen bestimmt auf Grund des Artikels 43 der Reichsverfassung folgendes:

Artikel 1. Der Satz der allgemeinen Umsatzsteuer wird von 25 auf 2 v. H. ermäßigt. § 2 des Artikels 4 der 2. Steuernotverordnung vom 19. Dezember 1923 tritt außer Kraft.

Artikel 2. Nach dem Kapitalverkehrssteuergesetz vom 8. April 1922 in der Fassung des Artikels 5 der 2. Steuernotverordnung und des Artikels 1 der Verordnung über die Umstellung der Wertpapiersteuer und der Börsenumsatzsteuer auf Gold vom 2. April 1924 werden die Gesellschaftssteuer und die Wertpapiersteuer wie folgt ermäßigt: 1. die Gesellschaftssteuer: a) des § 11 von 7,5 auf 5 v. H., b) des § 12 von 4 auf 2,5 v. H., c) des § 13 zu b-d von 3 auf 2 v. H.; 2. die Wertpapiersteuer: a) des § 29 Absatz 1 zu c von 0,4 auf 0,3 Goldmark, b) des § 29 Absatz 1 zu d von 0,75 auf 0,5 Goldmark für je 10 Goldmark oder einen Bruchteil dieses Betrages.

Artikel 3. Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Übergangsbestimmungen zu treffen.

Artikel 4. Die Vorschriften der Artikel 1 und 2 treten mit dem 1. Oktober 1924 in Kraft, im übrigen tritt die Verordnung mit dem auf ihre Ankündigung im Reichsgesetzblatt folgenden Tage in Kraft.

Auch die angekündigte Verordnung über die Ermäßigung der Kapitalverkehrssteuern wird bereits publiziert. Am 1. Oktober beträgt, wird also herabgesetzt, die allgemeine Gesellschaftssteuer (Emission von Aktien, Anteilen, Aktien usw.) von 7,5 auf 5 v. H., die Fusionssteuer (§ 12 Kapitalverkehrssteuergesetz) von 4 auf 2,5 v. H., die Sanierungssteuer (§ 13 zu b und c Kapitalverkehrssteuergesetz) von 3 auf 2 v. H. Die Wertpapiersteuer ist reduziert für die Ausgabe von Industrieobligationen von 0,40 G.M. auf 0,30 und für ausländische Aktien (§ 29 zu d) von 0,75 G.M. auf 0,50 G.M. für je 10 G.M.

## Die württembergischen Deutschnationalen

Die württembergische Bürgerpartei, die den württembergischen Landesverband der Deutschnationalen Volkspartei darstellt, hielt in Stuttgart eine Vertreterversammlung ab, die sich mit den Vorgängen vor und bei der Abstimmung über das Gutachten und die heutige Lage der Partei befaßte. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Entschließung an:

„Die Vertreterversammlung würdigt das Gewicht der Gründe, die für die deutschnationalen Reichstagsabgeordneten sowohl bei Annahme als bei Ablehnung des Londoner Abkommens bestimmend gewesen sind und ist überzeugt, daß dieselben nach sorgfältiger Gewissensprüfung gehandelt haben. Wir sind auch gewiß, daß keiner unserer Parteifreunde in diesem Augenblicke die Einigkeit der Partei für den Segen der Geschäfte unserer innen- und außenpolitischen Gegner besorgen will. Von der Führung der Partei erwarten wir, daß sie den deutschnationalen Einfluß beim Durchführen der Gesetze zielbewußt und tatkräftig zur Geltung bringt.“

Das Referat, das dieser Entschließung vorausgeht, erstattete Staatspräsident Wazille, der jedoch seiner eigenen Stellungnahme entsprechend im wesentlichen die Annahme der 48 begründete, und zwar, wie aus dem Bericht der „Süddeutschen Ztg.“ hervorgeht, u. a. folgendermaßen: „Als der springende Punkt der ganzen Verhandlungen darf nicht mehr der Londoner Vertrag an sich genommen werden. Nicht um ihn dreht sich die Abstimmung. Was in Berlin im Reichstag ausgetragen wurde, war der Kampf um die innerpolitische Macht. Wäre der Londoner Vertrag durch das Rein der Deutschnationalen gescheitert, so hätten Kommunisten wie Nationalsozialisten bei einer neuen Wahl verloren. Die Hoffnungen der Sozialdemokratie hätten sich als richtig erwiesen, eine sozialistische Regierung aber hätte in kurzer Zeit den Untergang unseres Vaterlandes herbeigeführt, da die deutsche Wirtschaft, die auf Auslandskredit angewiesen ist, völlig verloren gewesen wäre, denn ein sozialistisch regiertes Deutschland erhält vom ausländischen Großkapital keinen Kredit.“

## Der Völkerbund und die Sanierung Österreichs

Der Völkerbundsrat genehmigte am Dienstag in öffentlicher Sitzung nach einem Referat des italienischen Mitglieds Salandra den vorher bereits vom Österreichkomitee des Rats gebilligten gemeinsamen Bericht des Finanzkomitees des Völkerbunds und des Generalkommissars über die Neuorganisation des Völkerbundsprogramms in Österreich.

Dieser Bericht enthält nach einer ausführlichen Darstellung der Ergebnisse der Völkerbundsuntersuchung über die Wirtschaft- und Haushaltslage in Österreich den Vorschlag eines Übereinkommens mit zwei Anlagen in den 1. Der Haushaltsvoranschlag für 1925 von 850 auf 495 Millionen Goldkronen erhöht wird und für Investierungszwecke 50 Millionen Goldkronen aus dem Anleiheerlös bewilligt werden, beides als für die Regierung des Kontrollsystems, das später abgeschafft werden kann, in Aussicht gestellt; 2. enthält der Bericht das Abkommen, die Anlagen und ins einzelgehende Angaben über die von der österreichischen Regierung zu ergreifenden Maßnahmen budgetärer und administrativer Art.

Der österreichische Bundeskanzler Seipel hielt eine längere Rede über die Vorgeschichte der Vereinbarung, in deren Verlauf er seine Genehmigung über die erzielten Ergebnisse aussprach, andererseits der Enttäuschung seines Volkes über die Zeitdauer für die Aufhebung der Kontrolle Ausdruck gab.

## Völkerbund und Winderheitsfragen

Das „Journal des Geneves“ betont in einem Leitartikel, daß das gefährlichste Problem des Völkerbundes die Winderheitenfrage sei, da in dem gegenwärtigen Europa, das sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker beruft, 48 Millionen Menschen in Ländern leben, denen sie weder durch ihre Sprache, noch in ihrem Herzen angehören. Dieses Problem müsse gelöst werden. Man könne den Frieden nicht auf juristische Grundlage aufbauen, wenn sich darunter ein Vulkan befindet. Das Schiedsverfahren und die Abrüstung reichen nicht aus, um dauernd den Frieden zu sichern, solange nicht die Kriegursachen und damit die gefährlichsten von allen, die Unzufriedenheit der Winderheiten, beseitigt sind. Der Winderheitenhugh, so wie er heute vom Völkerbund ausgeübt wird, sei ungenügend.

## Ein italienisch-ägyptischer Grenzstreit

Ist ausgebrochen. Bei der Festsetzung der Grenze zwischen Ägypten und Ägypten erwarteten die Italiener die mit dem ägyptischen Kommandanten getroffenen Vereinbarungen und schlugen eine neue Abgrenzung vor, die Sollum und Terabub für Italien in Anspruch nimmt.

W.B. London, 16. Sept. „Daily Telegraph“ berichtet aus Kairo, daß die italienischen Truppen und Flugzeuge nahe der ägyptischen Grenze konzentriert. Dieses Vorgehen werde als Beweis für die italienischen Absichten ausgelegt, zu Gewaltmitteln zu greifen, wenn die Forderung nach Räumung von Sollum und Terabub nicht erfüllt werden sollte. Die ägyptische Presse zeigt beträchtliche Erregung und Nervosität und stellt die Vermutung auf, die italienische Regierung handle im Einvernehmen mit der britischen Regierung. Die Zeitung „El Arahm“ fragt, warum Italien eine solche Aktion gerade zu einer Zeit unternimmt, wo sich Großbritannien bemühe, den Sudan zu verschließen.

## Der Bürgerkrieg in China

Nach übereinstimmenden Meldungen stehen jetzt mandchurische Truppen unmittelbar an der Grenze der chinesischen Provinz Tsching, in der Peking liegt. Nach einer Neuter-Meldung aus W-hen erließ General Tschang Tsolin eine Proklamation, in der erklärt wird, daß er zur Bekämpfung des Präsidenten Tschao Kuan das Kommando über die gesamten Streitkräfte der Mandschurei übernimmt. Nach einer weiteren Neuter-Meldung sollen an der Nordgrenze die Feindseligkeiten bereits begonnen haben.

W.B. Paris, 16. September. Sabas meldet aus Schanghai: Die Gegner der Peking Regierung versuchen, aus der Verlängerung des Kampfes zwischen den Gouverneuren Tsching und Kianglu Nutzen zu ziehen. So schlägt Suniatien seinem Gegner Tschang Tsolin vor, sich mit ihm zu verständigen, um alsdann vereinigt die südlichen Provinzen anzugreifen, die der Peking Regierung treu geblieben sind. Tschang Tsolin bleibt, nachdem er mobilisiert und die Linie Tientsin-Nudun gesichert hat, in Verteidigungsstellung.

W.B. London, 17. Sept. Neuter meldet aus Peking, daß nach bestätigten Nachrichten die Tsching- und Mandchurische Truppen bei Tschaojang im Norden Tsching die Feindseligkeiten eröffnet haben. Die Truppen Tschang Tsolins sind auf dem Marsche von Tsau nach Tschaojang begriffen. Ihr Ziel ist wahrscheinlich Tschongtsu. Ferner meldet Neuter, daß der neue Ministerpräsident Dr. Yen, sein Amt gestern angetreten hat. Wu-Pei-Fu ist in Peking eingetroffen.

Der Bezirksverband Großberlin der sozialdemokratischen Partei veranstaltete Dienstagabend in Großberlin 17 Versammlungen, die sich mit dem Thema „Die Partei zur Lenkungs-Konferenz und die Verteilung der Lasten“ beschäftigten. In einer Versammlung in der Rauninstrasse kam es zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zu einer Säulerei, in deren Verlauf 15 Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Ein größeres Aufgebot von Schutzpolizei räumte den Saal und nahm mehrere Personen fest.

## Kurze Nachrichten

Der Reichstag wird, wie dem „B. Z.“ zufolge, nunmehr feststehen, vor dem 15. Oktober nicht einberufen, falls nicht Ereignisse eintreten, die einen früheren Zusammentritt notwendig machen.

Die Militärkontrolle. Wie die „B. Z.“ meldet, ist die interalliierte Militärkontrollkommission in Kiel eingetroffen und hat die Marineanlagen, das Marinearsenal und das Munitionsdepot besichtigt. Die Anwesenheit der Kommission wird sich voraussichtlich auf vier Tage erstrecken.

Bayerischer Antrag auf Verlängerung der Entschädigung. Die Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei haben im bayerischen Landtag einen Antrag eingebracht, der die bayerische Staatsregierung ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die feinerzeit an die Landwirtschaft mit einer Laufzeit von drei Monaten gegebenen Entschädigung der Mähernte auf ein Jahr unter entsprechender Ausdehnung der Zinsbedingungen an den weichen Zins des Geldmarktes verlängert werden.

Verhaftung Rechtsradikaler in München. Der „Völkische Kurier“ meldet, daß in München im Auftrag der Staatsanwaltschaft eine Anzahl Personen der völkischen Bewegung festgenommen und vom Untersuchungsrichter unter dem Verdacht der Fortführung verbotener Organisationen vernommen wurden. Unter den Festgenommenen befanden sich Oberleutnant Brückner, Leutnant Oswald, Dr. Weidung und Dr. Schramm. Ferner sollen zahlreiche Durchsuchungen vorgenommen worden sein.

Kahr's weitere Verwendung. Wie die Münchener „Allgemeine Zeitung“ zu berichten weiß, soll Kahr als Nachfolger Senbels, des Präsidenten der Staatschuldenverwaltung, der kürzlich in den Ruhestand getreten ist, auserselbst sein.

Reservistenkündigungen in Holland. Aus Breda und Bergen op Zoom wird über Zwischenfälle berichtet, die sich aus Anlaß der Einberufung einiger Tausend Soldaten der Jahrgänge 1918 und 1919 für die Reservistenkündigungen ereigneten. Die Eingezogenen durchzogen lebhaft und pfiffig die Straßen, belästigten Passanten und verweigerten den Offizieren den Gehorsam und die Ehrenbezeugungen. Außer städtischer Polizei mußte Militärpolizei aufgebieten werden, um die Ruhe wieder herzustellen.

Ein Besuch des polnischen Kriegsministers in Paris. Wie der Pariser „Intransigent“ zu wissen glaubt, hat der französische Kriegsminister Nollet den polnischen Kriegsminister offiziell zu einem Besuch nach Paris eingeladen; die Einladung sei angenommen worden.

Italienische Fasisten verhaftet in Rom und anderen Städten wegen der Ermordung des faschistischen Abgeordneten Catalini Kundgebungen, wobei es zu schweren Ausschreitungen kam. Freimaurerlogen und katholische Vereinslokale wurden geplündert.

Zu den Kämpfen in Spanisch-Marokko meldet Sabas aus Madrid, daß die militärische Lage in der Westzone weiter eine Reizung zur Besserung zeigt. Vorgesestern habe sich General Verdere, Mitglied des militärischen Direktoriums, mit seinem Gefolge im Auto von Tetuan nach Tanger begeben und sei auch auf diesem Wege zurückgekehrt. Die Reise sei ohne jeden Zwischenfall verlaufen.

Die Aufstände im Kaukasus. Nach Berliner Meldungen sollen die Bolschewisten den Aufstand in Georgien unterdrückt haben. Lediglich in der Gegend von Duschet dauere ein lokaler Widerstand an.

Unruhen in Nordmesopotamien. Neuter meldet aus Bagdad: Im Bezirk von Balho und Amadia im Norden des Wilschais Rosul ist wegen des Einfalles türkischer irregulärer Banden der Belagerungszustand verhängt worden. Flugzeuge haben die Angreifer mit Maschinengewehrfeuer zerstreut.

Bandenunwesen in Persien. Nach einer Meldung aus Allahabad unternehmen die Turkmener neuerdings Streifzüge gegen die Straße Teheran-Meshed. Die Telegraphendrähte sind durchschnitten worden und mehrere tausend Stück Vieh wurden vertrieben.

Ein Busch in Zentralbrasilien. Wie aus Buenos-Aires gemeldet wird, bemächtigte sich brasilianische Aufständische Guaharas am oberen Paranafluß im südlichen Zentralbrasilien, wobei sie alle Bundesstruppen töteten oder gefangen nahmen, mit Ausnahme des Kommandanten und 14 Soldaten, denen es gelang, auf argentinisches Gebiet zu entkommen. Rüstlinge berichten, daß der westl. Teil des Staates Parana sich unter der Herrschaft der Aufständischen befindet.

## Badischer Teil

### Gebäudeversicherung

P.A. Es bestehen anscheinend Zweifel darüber, in welcher Weise Brandgeschädigte entschädigt werden namentlich in Brandfällen, die sich vor der Festigung der Mark ereignet haben. Infolge dieser Unsicherheit wurde vielfach mit dem Wiederaufbau gezögert.

In Baden sind sämtliche Gebäude, mit wenigen Ausnahmen, auf Grund gesetzlicher Vorschrift versichert. Das Gesetz vom 4. August 1920 hat, um eine einheitliche Unterlage zu schaffen, durch eine gleichmäßige, im ganzen Land durchgeführte allgemeine Revision alle Versicherungssummen auf den Stand der Baupreise vom 1. August 1914 gebracht. Die Grundentschädigung bemißt sich also nach Baupreisen vom 1. August 1914. Das gleiche Gesetz vom 4. August 1920 bestimmt, daß zu dieser Grundentschädigung Zuschläge gewährt werden, die für bestimmte Zeitabschnitte vom Ministerium des Innern, unter Berücksichtigung der jeweiligen Baupreise, allgemein und einheitlich für das ganze Land festgesetzt werden, Maßgebend für die Höhe der Entschädigung ist nicht derjenige Zuschlag, der in Kraft steht am Tage des Brandes oder der Abschätzung — wie dies bei zahlreichen anderen öffentlichen Zwangsversicherungsanstalten Rechtsens ist — sondern der bzw. die Zuschläge, die während des Wiederaufbaues gelten. Seit 1. April 1924 wird die Gesamtentschädigung (Grundentschädigung + Zuschlag) dadurch errechnet, daß die auf diesen Zeitabschnitt entfallende Grundentschädigung mit 1,2 Goldmark vervielfacht und in Goldmark ausbezahlt wird. Die Wiederherstellung von Brandfällen, die sich vor der Stabilisierung der Markwährung ereignet haben, zu verzögern, liegt also keinerlei Grund vor.

Obwohl die Bad. Gebäudeversicherungsanstalt der Inflation ebenso zum Opfer gefallen ist, wie fast alle Wirtschaftszweige, weil sie im Jahre 1923 ihre Umlagen stets nur in völlig entwertetem Zustand erhielt und obwohl nach einem Urteil des höchsten Verwaltungsgerichts der Geldentwertung durch das erwähnte Zuschlagsystem Rechnung getragen wird, eine Verpflchtung zur Aufwertung also nicht besteht, ist die Bad. Gebäudeversicherungsanstalt als eine der ersten Zwangsanstalten den Verhältnissen gerecht geworden und hat die durch die Inflation nachteilig beeinflussten Entschädigungen nachträglich guttatensweise ganz erheblich aufgebessert.

### Warnung

Nachdem der Warenverkehr im Wege der Auspielung (Schneeballenystem) verboten ist, sind, wie uns von zuverlässiger Seite geschrieben wird, einige Geschäftleute dazu übergegangen, ihre Waren im Wege der Abschlagszahlung mit Kundengutschrift zu vertrieben. Der Käufer kauft hierbei einen Gegenstand, leistet eine Anzahlung und verpflichtet sich zu Teilzahlungen; führt er dem Geschäft Kunden zu, so erhält er je — Is die von dem Kunden gemachten Anzahlungen ganz oder zum Teil gutgeschrieben. Das Eigentum an dem gekauften Gegenstand geht an ihm erst nach völliger oder teilweiser Zahlung des Kaufpreises über.

Der Anreiz zum Abschluß des Geschäfts liegt hierbei für den Käufer darin, daß er die betr. Ware nach Zuführung von Kunden gegen einen geringen Preis erhält; einen anderen Vorteil bieten die Geschäfte nicht. Wie eine einfache Ausrechnung ergibt, muß in der Regel der Bedarf des Publikums an den zum Vertrieb kommenden Waren in kürzester Zeit gedeckt sein. Die Folge ist, daß die meisten Käufer neue Kunden nicht mehr finden, so daß nun, wollen sie nicht allenfalls noch ihren Anzahlung verlustig gehen, ihre Verpflichtungen zur Leistung der Teilzahlungen in vollem Maße eintreten.

Ohne Zweifel wird bei den derzeitigen Gehältern und Löhnen — und nach gemachter Beobachtung kommen als Käufer durchweg nur die minderbemittelten Lohn- und Gehaltsempfänger in Betracht — die Teilzahlung in den meisten Fällen gar nicht, oder aber, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse übersteigend, nur auf Kosten der übrigen, dringendsten Bedürfnisse geleistet werden können. Kurzfristigen Käufern aber entgeht, durch die Kundengutschrift verlockt, diese Gefahr, während sich gerade auf diese Tatsache der Massenvertrieb aufbaut.

So betrachtet, kann nur gesagt werden, daß der Abschluß dieser Geschäfte für große Teile der Bevölkerung schwere soziale Nachteile in sich birgt, die auf der anderen Seite nur einzelnen Geschäften auf Kosten der übrigen Geschäftskreise einen wirtschaftlichen Vorteil bringen. Es ist daher die Bevölkerung zu warnen, solche Geschäfte einzugehen.

### Verhaftung eines Kommunisten in Rendsch

W.B. Rendsch, 16. Sept. Der politische Polizei ist es gelungen, hier im Hause des Kommunisten Bestie eine Verstecke zur Anfertigung von Sandgranaten aufzudecken. Da Bestie anscheinend von der Verfolgung Wind bekommen hatte, wurden in der Verstecke nur 1500 Zünder, in einem Kumpel aber eine große Anzahl fertiger Sandgranaten gefunden. Bestie wurde verhaftet.



**Die Franzosen im Mannheimer Rheinhafen**  
 Mannheim, 17. Sept. Als Anzeichen des bevorstehenden Abzuges der französischen Besatzung kann die Tatsache bezeichnet werden, daß die französischen Militärwagen bei der Spatenbrücke über den Neckar und an der Bootsüberfahrt über den Rhein nach Ludwigshafen am 15. September nachmittags an das Hauptbollwerk zurückgezogen worden sind.

**Tagungen**

Der Verein Schwarzwalder Gasthofbesitzer hält am 22. und 23. September d. J. in Offenburg seine diesjährige Hauptversammlung ab.

Der Landesverband Baden des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe (Hauptgeschäftsstelle Freiburg Brg., Zausstr. 91) hält am 28. und 29. September 1924 in Gernsbach im Murgtal seine 18. ordentliche Hauptversammlung ab. Die erste Tagung dient der Abweidung eines zeitgemäßen Arbeitsprogramms, während der zweite Tag für die Verfertigung der Baustellen an der Schwarzenbachlsperrre bestimmt ist.

Im Anschluß an die große Caritativtagung wird in Heidelberg am 2. Oktober die diesjährige Hauptversammlung des Kreuzbündnis-Diözesan-Verbandes Freiburg stattfinden.

**Aus der Landeshauptstadt**

**Memorandum-pfälzisch-fränkischer Heimatsentag**

Aus dem oben veröffentlichten Programm für den am nächsten Samstag abend in der Festhalle geplanten „Heimatabend“ geht hervor, daß sich diese Veranstaltung zu einer sehr bedeutenden heimatligen Kundgebung gestalten wird. Der Abend zerfällt in zwei Teile, einen ersten und einen zweiten. Für den ersten Teil haben sich die Badische Landesbühnenorchester und der Karlsruher Liebertranz freundschaftlich zur Verfügung gestellt. Daneben sind Begrüßungsansprachen des Staatspräsidenten, Ministers Dr. Köhler, des Oberbürgermeisters Dr. Finter und solche der Vertreter der Gäste aus dem Memmen-, Frankl-, Pfalz- und Saarlande vorgesehen. Für die Memmen wird der Vorsitzende des Schwarzwaldrachtenverbandes in St. Georgen, Rudolf Wintermantel, sprechen, für die Frankl Landesbühnenorchester, Landtagsabgeordneter Otto Saal, Rauberbüchsenheim, für die Pfälzer Staatsbühnenleiter Dr. Feiler, Speyer, und für das Saarland Kaufmann Albin Bauer, Neumünster a. d. Saar, der Leiter des Westrichgau's des Pfälzerwald-Vereins. Zum Teil werden die Sprecher in der heimatligen Tracht erscheinen und ihre Ansprachen im Dialekt halten, so daß sie eine besondere Note erhalten.

Hervorragendes Interesse wird auch das Heimatspiel erwecken, das für diesen Abend von Professor Dr. Desinger in Verbindung mit Schriftsteller Albert Segauer verfaßt worden ist. Es nennt sich „Badische Landsturm“, ein gelb-rotes Familienbild zum alemannisch-pfälzisch-fränkischen Sonntag und wird in teilweise humorvoller, teilweise ernster Weise in Vers und Prosa, in Mundart und Hochdeutsch Vertreter der verschiedenen badischen Stämme zusammenführen, um sie zum Schluß zu einem Kreuzzug an die enger und weitere Heimat zu vereinigen. Hervorragende Mitglieder des Badischen Landesbühnenvereins unter der Leitung des Oberspielleiters Felix Baumbach sind die Mitwirkenden im Spiel.

An den ersten Teil des Abends schließt sich ein unterhaltender, den im wesentlichen der Karlsruher Männergesangsverein Liebertranz bestreitet wird. Neben Musikstücken und Männerchören sind Vorträge von Dichtungen durch Vertreter der Pfalz (Hofschauspieler a. D. August Heirich) und des Frankllandes vorgesehen. Voraussetzliche wird auch eine Trachtengruppe aus Gutsch im Schwarzwald ein kleines Schwarzwaldbühnenstück aufführen. Daneben stehen Trachtentänze und Trachtenbilder in Aussicht. Schließlich soll ein munterer Tanz die Gäste aus den verschiedenen Landesteilen noch eine Weile zusammenhalten.

Die Bevölkerung der Stadt ist eingeladen, sich an diesem „Heimatabend“ zu beteiligen. Zu diesem Zwecke ist ihr die obere Galerie des großen Festballensales vorbehalten. Auch an der Rangunterhaltung im großen und im kleinen Saale soll sie teilnehmen können. Eintrittskarten (für Balkon I, II, und III. Reihe und für nichtnummerierten Platz auf der Galerie) die auch zur Teilnahme an der Rangunterhaltung berechtigen, sind in den Musikhandlungen Fritz Müller Ecke Kaiser- und Waldstraße, und Kurt Neufeldt, Waldstraße 39, zu haben. — Über den Saal und die untere Galerie ist zu Gunsten der auswärtigen Gäste verfügt. Es ist zu hoffen, daß die Karlsruher Bevölkerung es sich nicht nehmen läßt, auch an diesem Abend ihre Sympathie für unsere Brüder und Schwestern jenseits und diesseits des Rheines durch eine rege Teilnahme zu bekunden.

**Auslieferung von Frachtgütern.** Handel wie Industrie können nur immer wieder darauf hingewiesen werden, wie wichtig eine dauerhafte Beziehung der Güter ist. Eine Kiste, ein Faß, ein Ballen, auf deren Verbleiben oder Verpackung die Beziehung übereinstimmend mit dem Frachtbrief dauerhaft und deutlich aufgemalt ist, sonstige Güter, besonders Maschinen und lose Eisenstücke, an denen gute Anhänger, die an jedem Schalter erhältlich sind, dauerhaft angebracht sind, werden dem Empfänger fast immer sicher zulaufen. Ein Abriß kann noch dadurch gezeichnet, daß bei verpackten Gütern in jedes Frachtstück ein Zettel mit der Aufschrift des Empfängers, der Versand- und Bestimmungsstation eingelegt wird. Alle Bezeichnungen müssen auf jeden Fall entfernt werden, sie geben häufig zu Fehlkäufen Veranlassung und erschweren den Ausgleich bei Verschleppungen. Auch die Festigkeit der Verpackungsmittel trägt sehr zur Verminderung der Unregelmäßigkeiten im Güterverkehr bei. In den Frachtbriefen muß die Verpackungsart und der Inhalt genau angegeben werden, damit bei Verschleppungen der Ausgleich möglich ist; statt 1 Collo Lederwaren muß es z. B. heißen: 1 Kiste Säbel. Wenn

vor der Übergabe seines Gutes an die Eisenbahn diese Grundregeln befolgt, so wird er sich und der Eisenbahn viele Mühe und Schaden ersparen.

„A. 3. 126“ kommt nicht nach Karlsruhe. Auf eine Anfrage der „Bad. Presse“ hat Dr. Egener, der Kommandant des „A. 3. 126“ aus Friedrichshafen folgende Antwort geschickt: „Beabsichtigen nicht Karlsruhe zu überfliegen. Luftschiffbau.“ Nach den Informationen des Blattes will man nach Möglichkeit jeden Konflikt wegen Überfliegen des besetzten Gebietes oder der neutralen Zone, in der Karlsruhe liegt, unter allen Umständen vermeiden.

1. Kammermusikabend. Heute, Mittwoch, den 17. September, findet abends 8 Uhr im Eintrachtssaale die erste öffentliche Veranstaltung nach der vollständigen Renovierung des Saales statt. Das Wendling-Quartett wird im ersten Kammermusikabend der Konzertdirektion Kurt Neufeldt das Streichquintett von Bruckner und das zweite Streichquintett von Brahms zur Aufführung bringen. Karten Waldstraße 39 im II. Stock und an der Abendkasse.

**Kurze Nachrichten aus Baden**

Von den badischen Hochschulen. Der a. o. Professor und Oberarzt an der psychiatrischen Klinik in Heidelberg, Dr. Wegel, hat einen Ruf als ärztlicher Direktor des Stuttgarter Württemberg-Hospitals erhalten.

Unseriälsprofessor Dr. Karl Sutter in Freiburg ist im Alter von 57 Jahren nach kurzer Krankheit gestorben. Dr. Sutter war gebürtig aus dem Weifental, aus Schopfheim, und wirkte seit über zwei Jahrzehnten an der Freiburger Hochschule als Dozent für mittelalterliche Geschichte und neuere Kunstgeschichte, und ist weiteren Kreisen der Freiburger Bevölkerung durch seine Vorträge über kunsthistorische Gebiete in den Kursen der Freiburger Volkshochschule bekannt geworden.

Dr. Weinheim, 16. Sept. Der Vorsitzende der hiesigen Zentrumspartei, Eisenbahningenieur Joseph Enslert, ist in Rom im Alter von 44 Jahren an einer vierjährigen Krankheit verstorben.

Dr. Ludwigshafen, 17. Sept. Gestern mittag kurz nach 12 Uhr ist auf einem nach Mannheim abgehenden Personenzug eine Mangelmaschine aufgefahren. Zwei französische Regearbeiter sind dabei verunglückt, der Maschinenführer wurde tödlich, der andere schwer verletzt.

Dr. Meersburg, 16. Sept. Die philosophische Akademie zu Erlangen hat das Gieserhäusle in Meersburg, welches einst als bischöfliches Jagdschloß diente, später unter verschiedenen Besitzern eine Gartenwirtschaft war, erworben. Damit wird dieser wundervolle Besitz zum Sommeraufenthalt von Gelehrten und Forschern aller Kulturstaaten werden.

Dr. Stuttgart, 17. Sept. Die gestrige Nummer der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ ist durch Beschluß des Amtsgerichts Stuttgart I wegen Vorbereitung zum Hochverrat beschlagnahmt worden.

Dr. Maulbronn, 17. Sept. Am vorigen Samstag wollte auf der Straße zwischen Schmie und Wenzingen ein mit Weinflaschen (Franzosenwein) schwer beladenes Lastauto mit Anhängerwagen ein entgegenkommendes Personauto vorbeifahren lassen. Erstere kam zu weit an einen Steinhaufen, fuhr auf diesen auf, kippte um, die Flaschen fielen alle herunter und plachten. Mindestens 6000 Liter Wein ergossen sich über die Straße.

**Handel und Wirtschaft**

**Berliner Devisennotierungen**

	17. Sept.		16. Sept.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	161.30	162.10	160.80	161.40
Kopenhagen 100 Kr.	71.12	71.48	71.22	71.58
Italien . . . 100 L.	18.35	18.45	18.35	18.45
London . . . 1 Pf.	18.73	18.82	18.685	18.775
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	22.40	22.52	22.25	22.37
Schwiz . . . 100 Fr.	79.08	79.48	78.95	79.37
Wien 100000 Kr.	5.91	5.93	5.91	5.93
Brag . . . 100 Kr.	12.57	12.63	12.57	12.63

Das Elßig und der deutsch-französische Handelsvertrag. Der französische Handelsminister Kaunach, der am Dienstag Mannheim im Elßig besuchte, forderte die Textilindustriellen auf, am 19. September nach Paris zu kommen, an welchem Tage er einen konsultativen Ausschuß für Handel und Industrie hören werde, um mit ihm die Grundlagen der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen festzulegen. Der Vorsitzende der Handelskammer in Mannheim, Steiner, stellte für die französische Textilindustrie in einer Rede folgende Forderungen auf: bei den kommenden Verhandlungen müsse als Grundlage der französische Zolltarif vor dem Kriege mit einer Erhöhung von 30-40 Prozent gelten. Die Tarife müßten in Goldfranken berechnet werden. Das Handelsabkommen müsse solide garantiert und als Minimum die Meißbegünstigung gefordert werden.

Der Baseler Rheinbabenverträge bezeichnet in der Zeit vom 12. bis 14. September fünf Vergabarten mit zusammen 1073 Tonnen Fracht und 6 Talfahrten mit zusammen 1117 Tonnen Ladegut.

Als Vorkäufer der großen internationalen Messe in Frankfurt a. M. wurde am Dienstag im Römer die Kunstmesse eröffnet, die diesmal eine saarländische Ausstellung bringt. Das Saarland in seiner historischen, künstlerischen und wirtschaftlichen Bedeutung wird hier in Bildern, Kunstwerken, geschichtlichen und kulturgeschichtlichen Dokumenten gezeigt.

Das neue Kohlenyndikat. Bei den Essener Verhandlungen wegen Neubildung des Kohlenyndikats gelang es zur Überbrückung des größeren Teils der Besenbesitzer nicht, alle Zechen zum Beitritt zum Syndikat zu bewegen; u. a. blieben Rombach, Graf Bismarck und Erwald in Opposition und weigerten sich, in der Frage der Handelsbeteiligungen und der Verbrauchsbeteiligungen nachzugeben. Infolgedessen tritt für die Mehrheit der Zechen — über 90 Prozent der Beteiligten — das freie Syndikat für den Rest aber auf Grund einer Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums das Zwangsyndikat in Kraft.

Geschäftsaufsicht. Die Geschäftsaufsicht über die Fa. Karl Meyer, Konfektionsgeschäft, Durlach, ist aufgehoben worden, da die Firma innerhalb der vorgeschriebenen Frist einen genügenden Vergleichsantrag nicht beigebracht hat.

**Verschiedenes**

Der Reichsverband Deutscher Sanitätskolonnen und verwandter Männervereinigungen vom Roten Kreuz hat zur Erinnerung an das 60jährige Bestehen des Roten Kreuzes für seine Mitglieder ein Erholungsheim erworben. Dieses liegt in dem Städtchen Biedentopf im oberen Oberrhein, das sich durch seine entzückende Lage mitten zwischen Bergen, Wiesen und prächtvollen Wäldern auszeichnet. Inmitten eines fast zwei Morgen großen Parks mit altem Baumbestand gelegen, dürfte das Heim in bester Weise geeignet sein, den jederzeit für die Allgemeinheit opferbereiten Kolonnenmitgliedern die notwendige Ausspannung zu gewähren.

**Der Liviusfund**

Dr. Rom, 16. Sept. (Stefani.) Auf Weisung des Unterrichtsministers nahm eine ministerielle Kommission bei Professor de Martino in Gegenwart des Präfekten von Neapel über den angeblichen Livius-Fund eine Untersuchung vor. Nach den bisherigen Nachrichten soll Martino nicht die unbekannteren Bücher von Titus Livius selbst, sondern lediglich Nachrichten über dieselben entdeckt haben. Die Ermittlungen nehmen ihren Fortgang.

**Der amerikanische Nordpolfug**

Dr. Washington, 17. Sept. Wie im Weissen Hause verlautet, dürfte die Ankunft des Zeppeleinluftschiffes Z. N. III in den Vereinigten Staaten den Plan eines Nordpolfuges durch ein amerikanisches Marineflugzeug wieder aufleben lassen.

**Grubenunglück in Nordamerika**

Dr. Paris, 17. Sept. Nach einer Sabasmeldung aus Salslet (Rhoming) sind 81 Bergleute infolge schlagender Wetter verschüttet worden. Durch die Gewalt der Explosion wurde der Schachtengang zerstört, was die Rettungsarbeiten ungemein erschwert. Man befürchtet, daß alle Verschütteten tot sind. Die geborgenen Leichen sind derart verbrannt, daß sie nicht erkannt werden können.

**Staatsanzeiger**

**Die Sitzung der Handelskammer Lahr.**

Auf Grund des Artikels 2 des Handelskammergesetzes werden Ziffer 1 und 2 des unterm 8. Dezember 1899 (Staatsanzeiger Nr. XXXVII) erlassenen Statuts in der Fassung vom 11. April 1921 wie folgt geändert:

1. Für den Kreis Offenburg mit Ausnahme der zum Amtsbezirk Wolfach gehörenden Gemeinden Hornberg, Niederrasch und Reichenbach sowie für die Gemeinden Herbolzheim und Oberhausen aus dem Amtsbezirk Emmendingen wird eine Handelskammer mit dem Sitz in Lahr errichtet.

2. Die Zahl der Mitglieder der Kammer beträgt 26, wovon aus der Zahl der Wahlberechtigten zu wählen sind: 1. 19 aus Industrie und Großhandel einschließlich des Bank-, Verkehrs- und Versicherungsgewerbes; 2. 6 aus dem Einzelhandel; 3. 1 Mitglied ohne Rücksicht auf seine Zugehörigkeit zu einer bestimmten Fachgruppe.

Von den 26 zu wählenden Mitgliedern sind mindestens zu wählen aus der Zahl der Wahlberechtigten: a) des Amtsbezirks Lahr 9 Vertreter (darunter 1 Vertreter für die Stadt Gienheim); b) des Amtsbezirks Offenburg 6 Vertreter (darunter 1 Vertreter für die Stadt Gengenbach); c) des Amtsbezirks Kehl 2 Vertreter; d) des Amtsbezirks Oberkirch 1 Vertreter; e) des Amtsbezirks Wolfach 1 Vertreter; f) der Stadt Herbolzheim und Oberhausen 1 Vertreter.

Karlsruhe, den 12. September 1924.  
 Der Minister des Innern  
 J. B.: Leers

Der zwischen der abgeordneten Gemarlung Hofseld (Amtsbezirk Duden) und der Gemeinde Wülfringen (Amtsbezirk Rauberbüchsenheim) abgeschlossenen Vereinbarung über die Vereinigung der abgeordneten Gemarken mit der Gemeinde Wülfringen mit Wirkung vom 1. April 1924 wurde die staatliche Genehmigung erteilt.

Karlsruhe, den 11. September 1924.  
 Der Minister des Innern  
 J. B.: Leers

Mit Entschliebung vom 24. Juli 1924 Nr. 63 850 wurde die Vereinigung der abgeordneten Gemarlung Streitberg mit der Gemeinde Schweighausen (Amtsbezirk Lahr) mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 angeordnet.

Die Anordnung ist rechtsverbindlich.  
 Karlsruhe, den 11. September 1924.  
 Der Minister des Innern  
 J. B.: Leers

**DARMSTÄDTER UND NATIONALBANK**  
 KOMMANDITGESELLSCHAFT AUF AKTIEN



**FILIALE KARLSRUHE i. B.**

**Kaiserstr. 76 (Am Marktplatz)**

Aus der wertbeständigen Mark  
 zieht Nutzen, wer sie sicher und zinsbringend anlegt!  
 Unsere Scheck- und Sparkonten bieten hierzu Gelegenheit!



**Karlsruher Herbstwoche**



19 24

**Memmisch-pfälzisch-fränkischer  
Heimat-Sonntag in Karlsruhe.**  
Samstag, 20., Sonntag 21. u.  
Montag, den 22. September

**Samstag, abends 7.30 Uhr:** Badischer Heimatabend mit den Pfälzern, Saarländern, Memmischen und Franken in der städt. Festhalle. Vorträge des Direktors des Badischen Landes-theaters, Rammershöfer des Karlsruher Liederkranzes, Festansprachen des Bad. Staatspräsidenten, Herrn Ministers Dr. Köhler, des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Finter-Karlsruhe und von Vertretern der Gäste. Festspiel: „Badische Landeskunst“ von E. W. Defering, und A. Segauer. Anschließend Abendunterhaltung mit Tanz. Eintritt 3 Mk., 2 Mk., 1 Mk. Karten bei den Musikalienhandlungen Feilz Müller und Kurt Neufeldt.

**Sonntag, vormittags 9 Uhr:** Besuch der großen landwirtschaftlichen Maschinen- und Geräteausstellung in der städt. Ausstellungshalle und Umgebung unter Führung. Eintritt 1 Mk. und 80 Pfg. („Teilnehmerkarte“).

**Vormittags 11-1 Uhr:** Großer Festzug unter besonderer Mitwirkung der Trachten aus dem Schwarzwald, dem Oberrhein, der Pfalz und dem Saarland durch die Stadt. (Über 100 Gruppen und Festwagen, 20 Musikkapellen).

**Nachmittags 2.30 Uhr:** Großes Pferderennen des Karlsruher Reitervereins auf den städt. Rennwiesen an der Giltlinger Allee. Eintritt 5 Mk., 2 Mk. u. 50 Pfg.

**Nachmittags 3.30-6 Uhr** im Stadigarten: „Ein Heimatstag in Baden und der Pfalz“. Trachtenkonzerte (Gutacher, Hanauer, Peterstaler u. A.), Konzert des Musikvereins Harmonie Karlsruhe. Allerlei heimatische Volksbelustigungen (Billigheimer Borselmarkt, Schifferfischen, sportliche Darbietungen, Trachtenbilder, Trachtenzüge). Eintritt 1 Mk. und 60 Pfg. „Teilnehmerkarte“ frei.

**Abends 7-10 Uhr** im Stadigarten: Gartenfest, Brillantfeuerwerk, Illumination des Gartens und des Sees. Märchenhafte Aufführungen (mit Scheinwerferbeleuchtung) auf dem See. Konzert des Musikvereins Harmonie Karlsruhe. Volksbelustigungen (Böhmer Schützenjagd u. a.). Nachmittags und Abends: Tanz (auch der Trachten) im kleinen Festhallsaal. Eintritt 1 Mk., „Teilnehmerkarte“ frei. Bei schlechtem Wetter Nachmittags- und Abendveranstaltungen entsprechend geändert in der Festhalle. Feuerwerk gleichwohl.

**Abends:** Beleuchtung der Schaufenster in den Läden der Stadt.

**Alle Geschäfte nachmittags offen**

**Vom 20. bis 27. September:** Wettbewerf in Bezug auf geschmackvolle Dekoration der Schaufenster der Geschäftshäuser.

**Montag, vormittags 9 Uhr:** Besuch der großen landwirtschaftlichen Maschinen- und Geräteausstellung in der städtischen Ausstellungshalle und Umgebung unter Führung. Eintritt 1 Mk. u. 80 Pfg. Gelegenheit zum Besuch der großen landwirtschaftlichen Gausausstellung in Durlach. Eintritt 50 Pfg.

**Anherdem an allen drei Tagen:** Zahlreiche Kunst-, gewerbliche und andere Ausstellungen, Vorstellungen im Badischen Landestheater u. a. Näheres im Programmabdruck der Herbstwoche. Preis 1 Mk.

**Sonderzüge zu bedeutend ermäßigten Preisen:** Samstag: Schwarzwaldbahn ab Donaueschingen 2.23 R.; Rückfahrt Montag 4.38 R. Oberrheinbahn ab Lauda bezw. Neckarelz 1.22 R.; Rückfahrt Montag 5.00 R. Sonntag: ab Freiburg 6.50 R.; Rückfahrt 8.15 R.; ab Mannheim 6.16 R.; Rückfahrt 11.10 R. Anschlüsse an die Kurzüge aus der Pfalz und dem Saarland ab Maxau und Germersheim-Neinsheim.

**Wohnungs- und Auskunftsbüro:** Städt. Tiergartenrestaurant, Bahnhofplatz 6, 2. Stock.

**Mitbürger!**

**Fahnen heraus!**  
Einen herzlichen Willkommgruß unseren Gästen!

**Badischer Schwarzwaldverein**  
Ortsgruppe Karlsruhe.

**Deutscher Saarverein,** Ortsgruppe Karlsruhe.  
**Männergesangsverein Niederfranz**  
Karlsruhe.

**Odenwaldverein Karlsruhe.**

**Pfälzer Waldverein,** Ortsgruppe Karlsruhe.

**Verein der Rheinpfälzer,** Karlsruhe.

**Verein „Badische Heimat“** Karlsruhe.

**Verein der Naturfreunde,** Karlsruhe.

**Verkehrsverein Karlsruhe.**

Namens derselben:  
**Verkehrsberein Karlsruhe.**  
Geschäftsstelle Rathaus.

**Neu-Eröffnung!**

**Korsetts-Spezial-Geschäft**  
**Frau Charlotte Knapp**

Kaiserpassage 8 KARLSRUHE Telephone 1713  
frühere langjährige Filialleiterin der Firma Gebr. Lowandowski  
Neuanfertigungen — Waschkorsetts und Reparaturen werden  
im eigenen Atelier gefertigt

**Detektiv** Institut  
u. Privat-  
Auskunfts-  
Büro  
**Argus** Mannheim  
O. 6. 6.  
Planke 3.47  
Fernspr. 3305  
A. Maier & Co., G. m. b. H.

**Paßbilder**  
für Reise und Bahnfahrten  
schnell und billig  
Photographisches Atelier  
**Rausch & Pester**  
Erbprinzenstr. 3 D 485

**Ausgewählte Lesestücke zum Studium der polit. Ökonomie**  
Herausgeg. und eingeleitet von  
Professor Karl Diehl und  
Professor Paul Romberg

**Bd. I: Lehre vom Geld, I.**  
**Bd. II: Der Arbeitslohn**  
**Bd. III: Von der Grundrente**  
**Bd. IV: Wert u. Preis, I.**  
**Bd. V: Wert u. Preis, II.**  
**Bd. VI: Bevölkerungslehre**  
**Bd. VII: Wirtschaftskrisen**  
**Bd. VIII: Kapitalismus und Unternehmerrisiko**  
**Bd. IX: Freihandel und Schutzzölle**  
**Bd. X: Lehre vom Geld, II.**  
**Bd. XI/XII: Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus.**  
**Bd. XIII: Grundzüge der Besteuerung**  
**Bd. XIV: Sozialpolitik**  
**Bd. XV: Kapital u. Kapitalismus**  
**Bd. XVI: Staatsschuldenproblem**

Verlag G. Braun, Karlsruhe, Karlsruherstr. 14.

**Eintrachtsaal**

**8 Kammermusik-Konzerte**  
Winter 1924/25

Mittwoch 17. September	<b>Wending-Quartett</b>	Bruckner: Streich-Quintett Brahms: Streich-Quintett op. 111 Haydn: Kaiser-Quartett
Montag 13. Oktober	<b>Busch-Quartett</b>	Adolf Busch: Streich-Quartett Beethoven: op. 132 A-moll Schubmann: Streich-Quartett A-dur Korngold: Streich-Quartett
Freitag 14. November	<b>Rosé-Quartett</b>	Schubert: Streich-Quintett C-dur Schönberg: Streich-Quartett D-moll Beethoven: op. 131 Cis-moll Mozart: Klavier-Quartett G-moll
Mittwoch 3. Dezember	<b>Klingler-Quartett</b>	Schubert: Streich-Quartett A-moll Brahms: Klavier-Quintett Dvorak: Streich-Quartett op. 91 Beethoven: „op. 59, Nr. 2
Donnerstag 22. Januar	<b>Schachtebeck-Quartett</b>	Smetana: „Aus meinem Leben“ Debussy: Streich-Quartett C-dur Schumann: Klavier-Quintett Grieg: Streich-Quartett G-moll Hindemith: Streich-Quartett
Donnerstag 19. Februar	<b>Böhmisches Streichquartett</b>	Mozart: „
Montag 30. März	<b>Gewandhaus-Quartett</b>	Bartok: „
Freitag 17. April	<b>Amar-Quartett</b>	

Gesamtkarten zu 24, 20, 16 und 12 Mark (Einzelkarten doppelt so teuer) bei  
**Kurt Neufeldt, Waldstraße 39,**

Neuheiten für Herbst und Winter

**S. Rosenbusch**  
Das Haus für Damen-Hüte

Am Markt **137 Kaiserstraße 137** Am Markt  
Größte Auswahl Billigste Bezugsquelle

Vergessen Sie nicht meine preiswerten  
**Velour- und Filzhüte**

**Badisches Landestheater.**  
Donnerstag, 18. Sept. 7<sup>30</sup> - 9<sup>15</sup> Uhr Sp. I 4.80  
Ab. E.3 Th.-Gem. B.V.B Nr. 4001-4400  
**Wer weint um Juckenack?**

**Wer nicht wagt —  
Der nicht gewinnt**

Versuchen Sie Ihr Glück in  
der Preuß.-Südd. Klassen-Lotterie  
Sie können mit 3 Rentenmark ein  
Vermögen erwerben

**Höchstgewinn 1 Million Renten-Mark**

$\frac{1}{16}$	$\frac{1}{8}$	$\frac{1}{4}$	Losc
24.—	12.—	6.—	3.— R.-M.

bietet an

**ZWERG**  
badischer Lotterie-Einnehmer  
Karlsruhe, Hebelstraße 11, Teleph. 4828  
Postscheckkonto 17808. 2.590

**243 Kaiserstraße 243**

**Kaufmanns Spezialgeschäft**

für  
**Offenbacher Lederwaren**

Inh.: **R. Guggenheim**

**ist neu eröffnet**

Größte Auswahl! Billigste Preise!  
Besichtigung ohne Kaufzwang

**243 Kaiserstraße 243**

**Festsetzung des am 1. Oktober 1924 fälligen  
Zinsbetrages für die 6% ige Holzwertanleihe  
der Stadt Heidelberg von 1923.**

Das staatliche Postamt Heidelberg hat den Durchschnittspreis für 1 Rm. Nadelholz IV. Klasse für den der Zinsberechnung zu Grunde zu legenden Zeitabschnitt auf 24,40.— M. festgestellt. Hieraus berechnet sich der Geldwert für die am 1. Oktober ds. Jrs. fälligen Jahreszinsen aus der 6% igen Holzwertanleihe der Stadt Heidelberg auf 1,46 M. je Festmeter. Es werden somit die am 1. Okt. fälligen Zinscheine Nr. 1 nach Abzug von 10% Kapitalertragssteuer, wie folgt eingelöst:

1 Zinschein a. d. Stück Lit. A u. 5 Rm. mit 6,80 M.	B 2	2,64
1 „ „ „ „ „ C 1	1	1,32
1 „ „ „ „ „ D 1/2	1	0,66
1 „ „ „ „ „ E 1/4	1	0,33

Die Einlösungstellen sind auf den Zinscheinen bezeichnet.  
Heidelberg, 13. September 1924.  
Der Oberbürgermeister